

Der digitale Arbeitsplatz von morgen

Effizientes Arbeiten im Homeoffice braucht richtige Ressourcen und Technologien

(BS/Christoph Treubert) Angetrieben durch die Corona-Pandemie wird die Arbeitswelt in Deutschland zunehmend mobiler – zeit- und ortsflexibles Arbeiten gewinnt an Bedeutung. Das hat auch die Bundesregierung erkannt, die in ihrem Programm zur "Digitalen Verwaltung 2020" von einem digitalen Arbeitsplatz der Zukunft ausgeht. Doch was in der freien Wirtschaft immer besser funktioniert, stellt die öffentliche Verwaltung und Behörden vor große Herausforderungen.

Der allgemeine Trend zum Homeoffice, der in der Privatwirtschaft mit der Einführung von flexiblen Arbeitsplatzmodellen schon vor Jahren einsetzte, ist in den Behörden und der öffentlichen Verwaltung noch nicht richtig angekommen. Effizientes Arbeiten im Homeoffice setzt die richtigen Ressourcen und Technologien voraus, nur die wenigsten Verwaltungsangestellten können auf solche zugreifen. Das liegt zum einen an nicht vorhandener Hardware (z. B. Laptops) und zum anderen an fehlenden sicheren Zugängen zu verwaltungsinternen Netzwerken sowie zu Telefon- oder Videokonferenzen.

Wer seine Beschäftigten außerhalb der abgesicherten IT-Umgebung mit sensiblen Daten arbeiten lässt oder ihnen gar einen Fernzugriff auf wichtige Systeme und Anwendungen ermöglichen will, muss vieles



Christoph Treubert ist Business Development Manager bei der PASS Consulting Group. Foto: BS/PASS

beachten. Das gilt v. a. beim Umgang mit besonders schützenswerten persönlichen, vertraulichen und sensiblen Daten. Die öffentliche Verwaltung unterliegt den Vorgaben des Bundesamts für Informationssicherheit (BSI).

Eine Anforderung des BSI sind zum Beispiel die verpflichtenden Sicherheitsrichtlinien. Diese sollen für die Gefahren sensibilisieren, die mit dem mobilen Arbeiten verbunden sind. Das betrifft sowohl den Zugang zu

Landesämtern und gegebenenfalls auch des Verfassungsschutzes.

Der Einsatz von Digitalisierungslösungen war im öffentlichen Sektor zuletzt deutlich weniger stark ausgeprägt als in der freien Wirtschaft. Doch die Erfahrungswerte von PASS zeigen, dass aus technischer Sicht eine Homeoffice-Tätigkeit für Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes einfach und unter Einhaltung aller Anforderungen realisiert werden kann.

Der PASS Digital Workplace ist eine echte Alternative zu den üblichen VPN- und VDI-Lösungen und kann diese entlasten und/oder ablösen. Für Behörden bietet er unkomplizierte und hochsichere Remote- und Homeoffice-Arbeitsplätze bei minimalem Aufwand für IT-Administratoren. Maßgeschneidert und schnell, mit Lösungen für das mobile Arbeiten können die Beschäftigten von überall sicher auf die Netzwerke und somit auf

E-Mails, Kontakte, Kalender, Dokumente, Netzlaufwerke sowie virtuelle Desktops zugreifen. In der sicheren Umgebung lassen sich sogar die privaten Endgeräte der Beschäftigten einbinden.

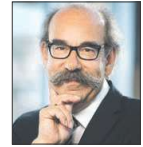
Der Ausbruch der Corona-Pandemie hat gezeigt, dass es sich lohnt, in eben jene Digitalisierungsleistungen zu investieren und so auch in Krisenzeiten auf eine Infrastruktur zurückgreifen zu können, die es erlaubt, weiterhin für die Bürgerinnen und Bürger erreichbar zu sein. Der Servicegedanke steht dabei im Mittelpunkt, gleichzeitig sorgt die DSGVO-Konformität aber dafür, dass die Daten sich immer unter voller Kontrolle der entsprechenden Behörde befinden. Hier kann sogar eine zertifizierte Zulassung bis "VS NFD" (Verschlusssachen – nur für den Dienstgebrauch) sichergestellt werden.

Klar ist, dass die technischen Möglichkeiten zur Einführung des mobilen Arbeitens vorhanden sind. Durch den Einsatz der PASS-Digital-Workplace-Lösung lässt sich die Produktivität und Effizienz der Mitarbeiter im Homeoffice und unterwegs sicherstellen. Sollte sich die öffentliche Verwaltung für solche eine Lösung entscheiden, ist es sinnvoll, dass die Umsetzung unter Einbindung aller Stakeholder erfolgt, um deren Akzeptanz sicherzustellen.

Kommunalportale

Digitale Eingangstüren zur Verwaltung

von Dr. Ulrich Keilmann



Dr. Ulrich Keilmann leitet die Abteilung Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften beim Hessischen Rechnungshof in Darmstadt. Foto: BS/privat

Kommunalportale sind die digitalen Eingangstüren zur Verwaltung. Sie sind so heterogen und bunt wie die Kommunen selbst. Auch wenn mit dem Hessischen E-Government-Gesetz (HEGovG) die Vorgaben für alle gleich sind, werden die Anforderungen beispielsweise zur elektronischen Erreichbarkeit der Verwaltung oder der elektronischen Information über Verwaltungsleistungen ganz unterschiedlich umgesetzt.

Positiv fiel das Kommunalportal von Kronberg im Taunus (www.kronberg.de) auf. Es zeigt, wie umfassend Bürger und Unternehmen über Verwaltungsleistungen informiert werden können. Alle angebotenen Verwaltungsleistungen werden ausführlich fachlich mit Informationen über Umfang der Leistung, die rechtlichen Grundlagen, die zuständigen Mitarbeiter, die notwendigen Kontaktdaten, die benötigten Unterlagen, die anfallenden Gebühren und die zuständigen Abteilungen aufgeführt. Auch über die Rubrik "Aufgaben von A bis Z" gelangt man in alphabetischer Reihenfolge zu allen Leistungen der Verwaltung.

Dabei greift die Stadt auf die Beschreibungen des Landesportals "Hessen-Finder" zurück und integriert sie nahtlos in das Design des Kommunalportals. Der Bürger nimmt die fundierten Informationen als Angebot der Stadt wahr.

Auch der Bund hat mit seinem Onlinezugangsgesetz (OZG) die Bedeutung des Kommunalportals nochmals aufgewertet. Das OZG formuliert das Ziel, die Fachverfahren der Verwaltung an das Kommunalportal anzuschließen – sofern sie direkte Schnittstellen zu Bürger- oder Unternehmensbelangen aufweisen. Dabei ist wichtig, dass bei der Integra-

tion von Online-Diensten die Kommunalportale auf die Verfügbarkeit von geeigneten Schnittstellen in die Fachverfahren geachtet wird.

Die Integration und damit die Bereitstellung digitaler Dienste von Bund und Land auf der kommunalen Plattform war von Anfang an das Ziel der Gesetzgeber. Mit der damit angestrebten Win-win-Situation können erstens Aufgaben des Bundes (z. B. Beantragung eines Führungszeugnisses), des Landes (z. B. Wirtschaftsförderung) und der Kommunen (z. B. Kita-Anmeldung) ohne großen Verwaltungsaufwand auf einer einzigen Plattform abgebildet und abgewickelt werden. Zweitens potenziert man damit den unmittelbaren Nutzen für Bürger und Unternehmen, die sämtliche Informationen auf einem einzigen Portal abrufen können und gerade nicht mehr von einer Stelle zur nächsten gehen müssen.

Lesen Sie mehr zum Thema "Digitalisierung, OZG und Kommunalportal" im Kommunalbericht 2019, Hessischer Landtag, Drucksache 20/1309 vom 8. November 2019, S. 237 ff. Der vollständige Kommunalbericht ist kostenfrei unter rechnungshof.hessen.de/abrufbar.

MELDUNG

Thüringen weitet Homeoffice aus

(BS/gg) Die Thüringer Landesverwaltung erweitert die technischen Kapazitäten für Tele- und Heimarbeit. Ein Drittel der 17.000 landesweiten PC-Arbeitsplätze kann alternativ für Heimarbeit genutzt werden. Gegenwärtig beschafft das Land

rund 8.000 Notebooks für die allgemeine Landesverwaltung, die Thüringer Polizei sowie die Justizverwaltung. Informationssicherheit soll dabei die höchste Priorität haben, wie der Thüringer Landes-CIO Dr. Hartmut Schubert erklärte.

ct <webdev>

Die Konferenz für Frontend-Entwicklung

am 9. Februar 2021

>>> ONLINE <<<

Wer seine Webseiten nicht schnell genug ausliefert, riskiert, dass die Besucher wegklicken. Und Google rankt langsam ladende Seiten auch nicht optimal, denn Performance ist für die Suchmaschine ein wichtiges Kriterium. Websites sind heute aber komplexe Gebilde:

Besucher erwarten bunte, interaktive Seiten, in denen allerlei JavaScript-Bibliotheken, Stylesheets, Bilder u.v.m. zum Einsatz kommen. Die **ct <webdev>** beleuchtet am 9. Februar 2021 in sechs Talks, wo es bei der Web-Performance haken kann, wie man Bremsen aufspürt und seine Seiten flotter macht.

Auszug aus den Themen:

- > Testing und Monitoring
- > Performance-Fallen vermeiden
- > Prefetching und Caching
- > Bilder, JavaScript und Co. entschlacken

Preis:

Jetzt Early Bird-Ticket sichern für nur 229 Euro!

Weitere Informationen und Tickets unter: www.ctwebdev.de

Line 37, Column

Open Data

Bund-Länder-Zusammenarbeit verbessern

(BS/Till Röger*) Ende Oktober fand der erste Runde Tisch Open Data, initiiert durch das Kompetenzzentrum Open Data (CCOD), statt. Gemeinsam mit Teilnehmenden aus der Bundes- und Landesverwaltung wurden konkrete Handlungsfelder identifiziert und priorisiert, die im nächsten Jahr in Form sogenannter "Fachforen" vertieft werden sollen.

Thilak Mahendran, Leiter des CCOD, erklärt: "Uns ist es wichtig, Bund und Länder näher zusammenzubringen und den Netzwerkgedanken bei Open Data zu stärken. Den Anfang machen der Bund und die Länder, mittelfristig ist die Einbindung der Datennutzenden aus allen Bereichen unser Ziel. Die Fachforen werden sich mit jeweils einem konkreten Handlungsfeld befassen, was eine sehr gute Möglichkeit bietet, die Expertise und die Bedarfe der Community aktiv einfließen zu lassen."

Die Datenstrategie der Bundesregierung, viele Initiativen in den Ländern und der wachsende Datenhunger aufseiten der Wirtschaft und Zivilgesellschaft machen eines deutlich: Daten sind eines der zentralen Handlungsfelder der Digitalisierung. Durch die immer größer werdende Bedeutung von Daten für unterschiedlichste Anwendungsbereiche rückt auch Open Data immer stärker in den Fokus der Öffentlichkeit.

Der Aufbau eines nachhaltigen Daten-Ökosystems für die deutsche Verwaltung erfordert eine einheitlich hohe Datenqualität

und ein Umdenken in den Behörden im Umgang mit den dort erhobenen und verarbeiteten Daten. Auffällig ist der stark unterschiedliche Umsetzungsstand in den einzelnen Bundesländern und im Bund.

Mehr Austausch gewünscht
"Wir haben im Vorfeld viele Gespräche geführt und gemerkt, da ist ein Bedarf, sich auszutauschen und gemeinsam am Thema zu arbeiten. Die große Offenheit und die Diskussionsfreude, die wir beim Runden Tisch erleben durften, haben noch einmal den Bedarf bestätigt, dass mehr Sensibilisierung und Wissen über die Einführung von Open Data gewünscht ist", resümiert Nada Fische, Beraterin im Kompetenzzentrum Open Data.

Die Ergebnisse stellt das Kompetenzzentrum Open Data auf www.opendata.bund.de öffentlich zur Verfügung. Dort werden auch die weiteren Schritte angekündigt.

*Till Röger ist Teil des Kompetenzzentrums Open Data (CCOD) beim Bundesverwaltungsamt.